Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigennehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 65 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 17 März 1926**

Deutschlands Aufnahme bis zum Herbst verschoben.

Genf, 16. März. Die Ratsmitglieder haben heute abend in einer geheimen Sitzung mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen, bei der Vollversammlung den Antrag auf Vertagung des deutschen Aufnahmegesuches bis zum September zu stellen. Die drei Mächte, die sich gegen diesen Antrag aussprachen, sind Belgien, Japan und Schweden. Die Fortführung der Verhandlungen erweist sich nach der hier vorherrschenden Auffassung infolge des brasilianischen Einspruchs gegen den Eintritt Deutschlands in den Rat als aussichtslos. Die Verträge von Locarno werden davon nicht berührt.

Genf, 17. März. (Eig. Fernsprechdienst.) Wie der Berichterstatter der T.-U erfährt, hat der brasilianische Vertreter in der heutigen Ratssitzung erklärt, daß seine Regierung ihre Instruktionen aufrecht erhält. Damit wird die Vertagung der Aufnahme Deutschlands entsprechend dem gestrigen Kommunique zur Tatsache.

Der gemeinsame Bericht.

Genf, 16. März. Die Locarnomächte haben folgendes gemeinsame Kommunique vereinbart, das am Spätabend ausgegeben wurde: Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den aufgetauchten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriff waren, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolls von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellten jedoch mit Befriedigung fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklichten und welches in seinem ganzen Wert und in seiner ganzen Kraft bestehen bleib, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest heute wie gestern und sind entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Versammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbun erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

* * *

Szenenwechsel von Stunde zu Stunde.

Die Entwicklung der letzten Phase der Genfer Verhandlungen bis zum endgültigen Bruch wird durch folgende Meldungen gekennzeichnet:

Letzte Aussprache in Genf.

Dienstag früh konferierte die deutsche Delegation mit verschiedenen Vertretern der anderen Mächte. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch, der seinen nichtständigen Ratssitz zugunsten Polens niederlegen will, hatte Dr. Stresemann einen längeren Besuch ab. Man nimmt an, daß der Anspruch der kleinen Entente auf einen nichtständigen Ratssitz für Rumänien nicht aufrechterhalten werden wird.

Gegen 3 Uhr nachmittags trafen gleichzeitig Chamberlain und Briand im Hotel Metropole ein, um dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Besuch abzustatten. Bei dieser Gelegenheit sollte die Entscheidung darüber fallen, ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nunmehr endlich nach den sich über zehn Tagen erstreckenden Wirrungen am Mittwoch erfolgt. Als die Besprechung begann, war die Haltung Brasiliens, Spaniens und Rumäniens noch unklar. Nach anderthalbstündiger Dauer wurde die Unterhaltung zwischen Luther, Stresemann, Chamberlain und Briand beendet. Es wurde vereinbart, ein gemeinsames Kommuniqué auszugeben, das in kurzer Zeit veröffentlicht werden wird. Beim Verlassen des Hotels Metropole äußerte Briand, daß sich Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit der deutschen Delegation nicht mehr ergeben hätten. Es gäbe aber noch Schwierigkeiten im Rat, die man bis zum Abend zu überwinden hoffe. Auf die Frage, ob diese Schwierigkeiten, also die Haltung Brasiliens, wirklich ernster Natur seien, erklärte Briand, daß sie nicht unterschätzt würden. Für Mittwoch vormittag 10 Uhr war die Vollsitzung der Völkerbundversammlung zur Entgegennahme des Berichts der Aufnahmekommission über den Aufnahmeantrag Deutschlands angesetzt. Nach Mitteilungen unseres Gewährsmannes glaubt man, alle Schwierigkeiten überwunden zu haben.

Die Möglichkeit einer zweiten Vollsitzung der Versammlung am Mittwoch wurde durch folgende amtliche Mitteilung angekündigt: Eine zweite Vollsitzung wird wahrscheinlich im Laufe des gleichen Tages abgehalten. Die Tagesordnung und die Stunde dieser zweiten Sitzung werden nur diesen Tag durch den Präsidenten der Versammlung am Ende der ersten Sitzung angegeben werden.

*

Die Kompromißformel.

Keine Erweiterung des Rates.

Der Montag war gleichsam der Krisentag bei dem heißen Fieberzustand, in den sich die Mächte in Genf allmählich hineinmanövriert hatten. Schon sprach man vom gänzlichen Scheitern der Konferenz, von der Abreise verschiedener Delegationen, von unheilbarer Blamage des Völkerbundes. Deutschland — hieß es — werde von den Westmächten als Störenfried und Veranlasser allen Übels vor aller Welt hingestellt werden, obwohl es doch nichts anderes getan hatte, als die Erfüllung der ihm gemachten feierlichen Versprechungen zu verlangen.

In dieser kritischen Minute kam der neue Vorschlag, der einerseits den Deutschen die Möglichkeit geben sollte, ohne demütigende Zugeständnisse in den Völkerbund einzutreten, auf der anderen Seite England und Frankreich in die Lage setzte, ihre heimlich Polen gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Schweden und die Tschechoslowakei geben freiwillig ihren nichtständigen Ratssitz auf, dafür treten Polen und Holland später ein. Der Rat wird nicht erweitert, damit soll Deutschland zufriedengestellt sein und Briand hält sein Versprechen an Polen. Das ist freilich keine ideale Lösung und anderdem sind noch einige neue Schwierigkeiten aufgetaucht, die man aber zu überwinden hofft.

Noch in der Nacht von Montag auf Dienstag erfuhr man, daß die schwedische Delegation von ihrer Regierung im Einvernehmen mit dem Ausschuß für Auswärtiges die notwendigen Instruktionen für den Rücktritt Schwedens aus dem Rat erhalten hatte. Auch der Vertreter der Tschechoslowakei, Dr. Benesch, bekundete sein Einverständnis, sein Mandat im Rat zur Verfügung zu stellen. Der Brasilianer erhob allerdings wieder seine Forderung auf einen ständigen Sitz, doch glaubte man an einen Ausgleich nach einem Ersuchen der beteiligten Mächte bei der brasilianischen Regierung in Rio de Janeiro.

Die deutsche Delegation in Genf gab vor der Presse ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß das zwischen Briand und Stresemann besprochene Kompromiß das beste sei, das unter den obwaltenden Umständen zu erreichen gewesen sei. Die Widerstände, die sich der endlich gefundenen Lösung noch entgegensetzen, sind immerhin noch so ernsthaft, daß nicht nur das brasilianische Veto noch immer zu beseitigen bleibt, sondern daß auch fast mit Sicherheit angenommen werden muß, daß Spanien zwar nicht aus dem Völkerbund austreten, aber erklären wird, sich für die nächste Zeit am Völkerbund nicht zu beteiligen. Um Spanien und Brasilien zu beruhigen, wird der deutsche Kommissionsvorschlag verwirklicht werden, d. h. es wird eine Unterkommission eingesetzt werden, die bis zur Herbsttagung berichten wird, wie sich die Frage einer Raterweiterung überhaupt darstellt.

*

Rumänische Gefahr.

Schweden und die Tschechoslowakei verzichten, Polen und Holland treten ein, also ein Deutschengegner wird durch einen anderen und ein Neutraler wird ebenfalls durch einen Neutralen ersetzt — die Wageschale bliebe also gleich. Da taucht eine neue Gefahr auf.

Plötzlich meldete sich Rumänien und wollte die Zusicherung haben, als Vertreter der „Kleinen Entente" an Stelle der Tschechoslowakei im Herbst in den Rat aufgenommen zu werden. Auch in dieser Forderung wird auf früher abgegebene Zusagen hingewiesen. Deutschland soll dazu „Ja" sagen. Wie aber von halbamtlicher deutscher Seite sofort erklärt wird, kann von einer solchen deutschen Erklärung, sollte sie in der Tat der deutschen Delegation angesonnen werden, keine Rede sein. Das oberste Prinzip, das die Delegation seit ihrem Eintreffen in Genf vertritt, geht dahin, daß Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund und den Rat zugunsten keiner Macht oder Mächtegruppe seine künftige Handlungsfreiheit beschränken lassen kann. Zu einem gegebenen, voraussichtlich auch eingelösten Versprechen an Polen kommt nun ein neues Versprechen für die Kleine Entente in bezug auf das der deutschen Regierung zugemutet wird, sich bindend zu verpflichten, bei der nächsten Wahl sich für Rumänien einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist ein solches Ansinnen geradezu grotesk.

Jedenfalls steht fest, daß die deutsche Regierung ebensowenig für Rumänien wie für Polen sich vor Eintritt in den Völkerbund in irgendeiner Weise binden kann; das ist von Anfang an sämtlichen in Genf versammelten Mächten bekannt gewesen und der Grundsatz für dieses Verhalten wird zweifellos von ihrer großen Mehrheit geteilt.

*

Aufnahme Deutschlands im Herbst?

Genf, 16. März, 7 Uhr abends.

Nach 6 Uhr abends verlautete von maßgebender Seite, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund infolge des brasilianischen Vetos auf den Juni vertagt worden sei. Kurz nach dem Bekanntwerden dieser Nachricht, die natürlich größtes Aufsehen erregte, ergab sich jedoch die Möglichkeit eines nochmaligen Versuches, Brasilien umzustimmen. Augenblicklich finden Besprechungen statt. In der Mittwochvollversammlung des Völkerbundes soll von offener Tribüne mitgeteilt werden, daß unter den Locarnomächten vollkommene Einigkeit erzielt sei, und daß an der Vertagung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund Brasilien allein die Schuld beizumessen sein würde. Sollte es dagegen gelingen, Brasilien noch umzustimmen, so würde es bei der festgelegten Einigung bleiben, daß die Tschechoslowakei und Schweden aus dem Rat ausscheiden, und Polen und Holland an ihre Stelle treten und Deutschland einen ständigen Ratssitz erhält.

*

Keine Vertagung in Genf.

Genf, 16. März, 7,45 Uhr abends.

Um 5,30 Uhr traten die Ratsmitglieder zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, die um 7,15 Uhr noch nicht abgeschlossen war. Von unterrichteter Seite wird erklärt, daß noch keinerlei Entscheidungen getroffen seien, daß aber die Gerüchte von einer Vertagung dementiert werden können. Eine amtliche Veröffentlichung wird erst in einigen Stunden erwartet.

Der Sturz des belgischen Franken.

Regierung gefährdet.

An der Londoner Montagbörse fand ein völlig unerwarteter Sturz des belgischen Franken statt, der seit Monaten mit etwa 107 zum Pfund lag und auf 121,5 fiel, um bis Schluß der Börse wieder leicht anzuziehen. Man brachte diese Verschlechterung mit der Entwicklung der Lage in Genf in Zusammenhang. Auch hält man es für möglich, daß sich bei den Verhandlungen über eine englisch-amerikanische Sanierungsanleihe an Belgien Schwierigkeiten ergeben haben.

In Belgien hat dieser Sturz außerordentliche Erregung hervorgerufen. Der Ministerrat hat den ganzen Dienstag Beratungen abgehalten. Der Finanzminister empfing verschiedene Finanzleute. Die Finanzkommission der Kammer ist einberufen worden. Nach Schluß des Ministerrats erklärte Janssen, seine Stabilisierungspläne blieben auch weiterhin bestehen. In politischen Kreisen spricht man von einem voraussichtlichen Rücktritt des Finanzministers, der aber keinen Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben werde. Man erwartet alsbald die Rückkehr des in Genf weilenden Außenministers Vandervelde und des Arbeitsministers Wauters aus London.

„Von Versailles bis Genf."

Rede des Reichswehrministers Dr. Geßler.

In einer demokratischen Versammlung in Bremen sprach Reichswehrminister Dr. Geßler über das Thema „Von Versailles nach Genf". Der Reichswehrminister gab in kurzen Zügen einen Überblick über die deutsche Politik seit den Tagen des Zusammenbruchs bis zur jetzigen Tagung des Völkerbundes. Er führte aus, daß sich dieser Abschnitt der Geschichte als ein Kampf des deutschen Volkes um Recht und Freiheit darstelle. Die Wirkungen des Versailler Vertrages gingen jetzt nicht ungestraft an dem Leben der Siegerstaaten vorüber. Überall sehe man wirtschaftliche und politische Krisen, überall Unruhe, Zerstörung statt Wiederaufbau der Wirtschaft und Kultur. Bei den inneren Schwierigkeiten müsse man fragen, handelt es sich hierbei um Konstruktionsfehler der Verfassung, sind die Schwierigkeiten zu groß oder handelt es sich um Kinderkrankheiten? Er vertrete die Auffassung, daß diese Gründe einen Teil der Schuld für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse trügen. Gewisse